

21.03.2023

# Antrag

der Fraktion der SPD

## Psychotherapeutische Versorgung in unterversorgten Regionen sicherstellen!

### I. Ausgangslage

Nachdem die Corona-Schutzmaßnahmen in den vergangenen Wochen ausgelaufen sind, scheint eine Rückkehr zu einem Leben vor Corona gegeben zu sein. Viele Menschen leiden jedoch weiter unter den Folgen der Corona-Pandemie. Der Schutz vor dem Virus erforderte eine Einschränkung des öffentlichen und privaten Lebens. Viele Menschen mussten deshalb ihre sozialen Kontakte deutlich reduzieren. Neben den sozialen Einschränkungen standen viele Menschen vor finanziellen Problemen und Kinder konnten nicht in die Schule gehen. Das hat oft zu Auswirkungen auf die seelische Gesundheit der Menschen in unserem Land geführt. Die Defizite in der psychotherapeutischen Versorgung wurden von der Corona-Pandemie verstärkt, nicht aber ausgelöst. Jeder Zehnte in Deutschland ist regelmäßig einsam. Deshalb braucht es eine ausreichende psychotherapeutische Gesundheitsversorgung, die den Menschen die notwendige gesundheitliche Unterstützung bietet.

Der Zusammenhang zwischen Armut und Gesundheitsrisiken wie seelischen Belastungen ist hinreichend bekannt. In vielen Städten gibt es Stadtteile mit hohen Arbeitslosenquoten, einem hohen Anteil an Migrantinnen und Migranten (z.B. aus Südosteuropa), Geflüchteten (z.B. aus der Ukraine) und Menschen, die in prekären Lebensverhältnissen stehen. Sie sind oft von Antiziganismus und Rassismus, von Traumata sowie Armut betroffen. Weil die Lebensbedingungen in diesen Regionen zu einem erhöhten Risiko der seelischen Erkrankung führen und die psychotherapeutische Versorgung darauf nicht ausreichend ausgerichtet ist, sind die Menschen in diesen Stadtteilen besonders stark von einer psychotherapeutischen Unterversorgung betroffen. Diese ist außerdem im ländlichen Raum zu beobachten. Auch hier benötigt es den Ausbau der niederschweligen Psychotherapie. Lange Wartezeiten und weite Wege zu den Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind Folgen, die man den Menschen besonders während der mehrjährigen Krisenphase in unserem Land nicht zumuten kann. Dies gilt insbesondere auch für Kinder und Jugendliche, die unter seelischen Belastungen leiden. Speziell für sie muss die kinder- und jugendpsychotherapeutische Versorgung dringend verbessert werden.

Der russische Angriffskriegs gegen die Ukraine kann die psychotherapeutische Unterversorgung weiter verschärfen. Nach Expertenschätzungen werden ein Drittel der geflüchteten Menschen aus der Ukraine eine seelische Erkrankung entwickeln.<sup>1</sup> Diesen Menschen muss ein Anspruch auf Sprachmittlung in der Psychotherapie gewährleistet werden. Dem

---

<sup>1</sup> BPtK-Newsletter 3/2022: Armut gefährdet psychische Gesundheit. <https://www.bptk.de/wp-content/uploads/2022/10/BPtK-Newsletter-03-2022-web.pdf> 10.03.2023

gegenwärtigen Zustand muss daher zügig entgegengetreten werden. Alle Menschen müssen das gleiche Recht auf eine qualitative Gesundheitsversorgung erreichen, egal welche Postleitzahl ihr Geburtsort hat.

## **II. Der Landtag stellt fest, dass**

- die Corona-Pandemie die Folgen von Vereinsamung in NRW und die bereits bestehenden Defizite in der psychotherapeutischen Versorgung verstärkt hat und viele Menschen noch immer unter den Folgen von Einsamkeit und seelischen Erkrankungen leiden,
- zur effektiven Bekämpfung von Einsamkeit und seelischen Erkrankungen eine ausreichende psychotherapeutische Versorgung in allen Regionen Nordrhein-Westfalens benötigt wird,
- der russische Angriffskrieg die Auswirkungen auf die seelische Gesundheit in den kommenden Jahren weiter verschärfen kann und besonders die Sprachmittlung in der Psychotherapie verbessert werden muss.

## **III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,**

- über den Landesausschuss der Kassenärztlichen Vereinigung und den Krankenkassen zu erwirken, dass die Möglichkeiten nach § 99 Absatz 1 Satz 3 SGB V für die Berücksichtigung regionaler Versorgungsbesonderheiten genutzt werden,
- Anreize (§ 105 SGB V) für Niederlassungen in unterversorgten Stadtteilen mit erhöhtem Bedarf geschaffen werden, wie sie teils bereits im ländlichen Raum vorgesehen sind,
- sich gemeinsam mit der Bundesebene dafür einzusetzen, dass die psychotherapeutische Bedarfsplanung reformiert wird und im Zuge dessen eine kleinteiligere Planung mehr Plätze für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten vor allem in unterversorgten Regionen ermöglicht.

Thomas Kutschaty  
Sarah Philipp  
Lisa-Kristin Kapteinat  
Thorsten Klute  
Lena Teschlade

und Fraktion